

gung geraten ist, auch wenn sich dies (noch) nicht in der Zusammensetzung des Landtags spiegelt. Viele Überlegungen über mögliche Veränderungen des politischen Lebens in der Zukunft kreisen daher um die künftige Parteienlandschaft und die Zusammensetzung des Landtages – und damit natürlich auch um die Frage nach der Zukunft der liechtensteinspezifischen Ausprägung der Konkordanzdemokratie. Diese Debatte wird abschliessend aufgegriffen.

Die Entstehung der Allparteienregierung

Nach dem Anschluss Österreichs fürchtete die Regierung Liechtensteins für die Unabhängigkeit des Landes, und in sofort mit der Schweiz aufgenommenen Gesprächen stellte sich heraus, dass auch diese durch die neu eingetretene Lage beunruhigt war und ihrerseits eine Erklärung von Liechtenstein, d. h. vom Landtag erwartete, dass das Land selbständig bleiben wolle und an seinen Verträgen mit der Schweiz festhalten werde.¹ In einer nichtöffentlichen Landtagssitzung am 15. März 1939 bat der Regierungschef den Landtag um einen entsprechenden Beschluss.² Für die Opposition verweigerte ihr Führer, zugleich Obmann der VU, zunächst die Zustimmung, machte diese aber schliesslich u. a. abhängig von einer proportionalen Beteiligung seiner Partei an der Regierung des Landes in allen Bereichen.³

Nachdem der Regierungschef den Landtag noch darüber informiert hatte, dass aus dem Lande, und zwar aus dem grenznahen Unterland, über Gespräche zur Gründung einer nationalsozialistischen Partei berichtet werde, zeichnete sich die Entscheidungssituation ab.⁴ Noch an demselben Tag gab der Landtag eine Erklärung in dem gewünschten Sinne ab. Einige Tage später – inzwischen hatten Vertreter der beiden Parteien Gespräche geführt – folgte die Parteienvereinbarung, die die Grundlage der liechtensteinischen Parteienkooperation bildete.⁵

¹ Peter Geiger, *Liechtenstein im Jahre 1938*, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein*, Bd. 88, Vaduz 1990, (3–35) 12.

² Von den fünfzehn Landtagssitzen hatte die Regierungspartei, die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP), elf, die Oppositionspartei «Vaterländische Union» (VU) vier inne.

³ Vgl. Geiger, a. a. O., 13.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. Geiger, a. a. O., 15–19.